Nationales Begleitgremium
FÜR EIN FAIRES VERFAHREN

Berlin, 16. Juli 2021

Pressemitteilung Nr.: 20/2021

Atommüll-Endlagersuche

„Für die Methodenentwicklung ist eine klare Kommunikation und die Entwicklung eines Systems von Checks sehr wichtig“

Das Nationale Begleitgremium (NBG) hat sich in seiner 53. Sitzung u.a. mit den von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ausgewiesenen Gebieten zur Methodenentwicklung befasst. Dazu war Steffen Kanitz, Mitglied der BGE-Geschäftsführung als Gast zur Sitzung eingeladen worden und beantwortete Fragen des NBG.

Nach Auskunft der BGE sind sogenannte Gebiete zur Methodenentwicklung vier exemplarisch für jede Gesteinsformation ausgewählte Teilgebiete aus dem Zwischenbericht Teilgebiete. Dieser im September 2020 vorgestellte Bericht weist 90 sogenannte Teilgebiete im Bundesgebiet aus, welche sich möglicherweise für den Standort eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle eignen. In den Gebieten zur Methodenentwicklung wird nun das weitere Vorgehen der BGE im Rahmen der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen erprobt. Im Rahmen dieser Untersuchungen soll im Zusammenspiel mit einer erneuten Anwendung der geowissenschaftliche Abwägungskriterien und falls erforderlich der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien die Anzahl der möglichen Standorte für Endlager für hoch radioaktive Abfälle weiter eingegrenzt werden. Aktuell sind noch über 50 Prozent des Bundesgebiets ein möglicher Standort.

Der Ablauf der BGE-Kommunikation hatte zu Irritationen u.a. in den betreffenden Kommunen bzw. Gemeindeverbänden geführt. Die BGE betonte daraufhin mehrfach, dass die Auswahl eines Teilgebietes für die Methodenentwicklung keinerlei Hinweise auf eine bessere oder schlechtere Eignung als Standort eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle darstelle. Dies wurde von Steffen Kanitz in der Sitzung bestätigt. Das NBG begrüßt, dass die BGE am Donnerstagmorgen Steckbriefe zu den einzelnen als Gebiete zur Methodenentwicklung ausgewählten Teilgebieten veröffentlicht hat. Es bittet jedoch auch darum, diese zu konkretisieren.

NBG-Ko-Vorsitzende Miranda Schreurs sagt:

„Die Methodenentwicklung wird ein sehr wichtiger nächster Schritt des Standortauswahlprozesses sein. Neben einer klaren Kommunikation zum Thema wird die Entwicklung eines Systems von Checks, insbesondere ein Peer Review, sehr wichtig sein.“

Nationales Begleitgremium l Geschäftsstelle l Buchholzweg 8 l 13627 Berlin
Tel +49 (0)30 8903 5655 l geschaeftsstelle@nationales-begleitgremium.de l www.nationales-begleitgremium.de

NBG-Ko-Vorsitzender Armin Grunwald ergänzt:

„Der Ablauf der Ereignisse kann als ein kommunikativer Unfall betrachtet werden. Der Vorgang hat aber auch gezeigt, dass nicht nur die Länderebene, sondern auch die kommunale Ebene und die breite Öffentlichkeit darauf achten, ob sie betroffen sind. Dass Dinge falsch gesagt oder falsch verstanden werden, ist in gewisser Hinsicht völlig normal und wird auch im weiteren Verlauf sicherlich noch vorkommen. Das ist ein Anlass zum Lernen."

Weitere Infos unter: www.nationales-begleitgremium.de

Pressekontakt

Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium
Venio Quinque
Generalsekretär
Buchholzweg 8
13627 Berlin

Tel.: 030 8903 5655
presse@nationales-begleitgremium.de

Über das NBG

Das Nationale Begleitgremium ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium. Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Studierende, interessierte Bürger*innen – die Bandbreite der Mitglieder spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wider. Ziel ist es, die Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle vermittelnd zu begleiten – unabhängig, transparent und bürgernah.

Dem Gremium gehören nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) 18 Mitglieder an: Zwölf anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden und sechs Bürgervertreter*innen, die von der Bundesumweltministerin ernannt werden. Eine Amtszeit beträgt drei Jahre, zwei Wiederwahlen sind möglich.

Zu den anerkannten Persönlichkeiten gehören

- **Prof. Dr. Miranda Schreurs,** Ko-Vorsitzende, Professorin für Umwelt und Klimapolitik, Hochschule für Politik an der TU München, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
- **Prof. Dr. Armin Grunwald,** Ko-Vorsitzender, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident a.D. Freistaat Bayern
- **Klaus Brunsmeier**, Mitglied Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge**, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz, Mitglied des Rates der EKD
- **Prof. Dr. Rainer Grießhammer**, Chemiker, Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Jo Leinen**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

- **Dr. habil. Monika C. M. Müller**, Studienleiterin für Naturwissenschaften, Ökologie und Umweltpolitik der Evangelischen Akademie Loccum
- **Prof. Dr. Werner Rühm**, Leiter der Arbeitsgruppe „Medizin- und Umweltdosimetrie“ im Institut für Strahlenmedizin am Helmholtz Zentrum München
- **Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey**, Physiker, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf
- **Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister**, Geologin, Lehrstuhl für Angewandte Geologie/Hydrogeologie an der Universität Greifswald
- **Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth**, Geologin, Direktorin des Departments 4 Geosysteme am Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum

Als Bürgervertreter*innen benannt sind

- **Marion Durst**, Diplompädagogin für Physik, Astronomie und Mathematik, Jena/ Thüringen
- **Tobias Flieger**, Marktforscher mit Schwerpunkt User Experience, Wiesbaden/ Hessen
- **Annette Lindackers**, Ingenieurin und freie Journalistin, Radebeul/Sachsen
- **Arnjo Sittig,** Student der Politikwissenschaft, Chemnitz/Sachsen
- **Jorina Suckow**, Rechtsreferendarin, Hamburg
- **Dr. Manfred Suddendorf**, Selbstständiger Unternehmensberater und Dozent, Landkreis Nordwestmecklenburg